

# Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.  
Verlags- und Geschäftsnummer 25 241  
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

bei täglicher Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 10,-  
Einzelnummer M. 6,-, Sonntagsausgabe M. 8,-  
Die Spalte 33 mm breit Seite M. 20,-, außerhalb Seiten M. 25,-, Familien-  
anzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, Heilige W. u. Verh. 25,-  
Nachdr. Vorzugsplätze laut Tarif. Zusätzl. Rechte gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Geschäftsstellen:  
Markstraße 33/40.  
Druck u. Verlag von Neiß & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unrechtmäßig Schlußfäden werden nicht aufbewahrt.

**Brautausstattungen**  
Einzelmöbel in allen Preislagen

27 Kamener Straße  
J. A. BRUNO  
König  
Kamener Straße 27  
Telephon 22667

**BANKHAUS HERMANN SCHULZ,**  
Fernsprecher: Kommanditgesellschaft Fernsprecher:  
14028, 14034, 14038 12 Schreiberbasse 12 Fernverkehr 20004

Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

**Max Glöss Nachf.**  
Moritzstraße 18.  
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,  
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

## Ausbau der Industrieverträge mit Frankreich.

**Ein Truss der Montanindustriellen.**  
(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 25. Sept. Der zu bildende Truss der deutsch-französischen Montanindustriellen soll, wie aus Paris gemeldet wird, an Umfang die bisherigen Abkommen weit übersteigen. Unterliegt wird der Gedanke auf französischer Seite von Loucheur, der der Banque de Paris nahesteht. Vorläufig verhandeln nur die deutschen mit französischen Montanindustriellen, doch sollen später auch Belgier hinzugezogen werden. Man nimmt in Paris an, daß die Verhandlungen bei dem Besuche der deutschen Industriellen in Frankreich fortgesetzt werden, da die Deutschen nach dem Besuche der betroffenen Gebiete nach Paris reisen werden.

Das nötige Korrektiv dieser Nachricht ist in folgender Meldung enthalten:  
Berlin, 25. Sept. Die T.-M. erklärt die Nachricht über Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Montanindustriellen für reine Kombination, fügt aber hinzu, wenn auch Erwägungen über eine weitere wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich im Gange sein sollten, so könnte von einer Realisierung derartig weitgehender Pläne, wie sie ein deutsch-französischer Montantruss darstellen würde, überhaupt nur dann gesprochen werden, wenn vorher die Reparationsfrage auf eine vorläufige Basis gestellt und andere sehr wesentliche politische Voraussetzungen erfüllt wären.

**Verschiebung der Abreise der deutschen Industriellen.**  
Berlin, 25. Sept. Die Abreise der deutschen Industriellen nach Frankreich ist um acht Tage verschoben worden.

**Der französische Arbeitsminister über das Stinnes-Abkommen.**

Frankreich das führende Land in der Stinnes-Industrie.  
Paris, 25. Sept. Wie der „Temps“ meldet, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten De Trocquer in Dinant geäußert über die Reparationsfrage gesprochen und dabei auf die jüngsten Abmachungen zwischen Stinnes und Luberac Bezug genommen, deren Urheber er sei. Diese Abmachungen bedeuteten für Frankreich einen Wert von 20 bis 25 Milliarden an Arbeitskraft und Materiallieferungen. Es bestrebe für Frankreich eine Möglichkeit, einen Teil seiner Forderungen an Deutschland zu befriedigen. Der Minister kam dann auch auf die Saarverträge zu sprechen und teilte mit, daß es gelungen sei, aus den Saarfolien Stinnesforts zu gewinnen, der dem Ausfuhr gleichkomme. Außerdem gewinne man aus den Destillaten des Saarforts petroleumhaltige Erzeugnisse von großem Gehalt. Dadurch könne Frankreich eine der größten, wenn nicht führenden Ration in der Stinnes-Industrie werden. (W. T. V.)

**Die deutschen Schachweiser in Paris.**  
Brüssel, 25. Sept. Wie die Agence Belge aus Paris erzählt, sind die deutschen Schachweiser dort eingetroffen.

## Fransösishe Beängstigung über das deutsch-englische Abkommen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 25. Sept. Der Reichsregierung ist eine Aufforderung der Reparationskommission, den Wortlaut des deutsch-englischen Abkommens zu veröffentlichen, noch nicht zugegangen. Eine solche Aufforderung sollte, wie aus Paris gemeldet wird, ergeben, weil innerhalb der Reparationskommission Meinungsverschiedenheiten über das deutsch-englische Abkommen entstanden sind. Man befürchtet, daß Reichsbankpräsident Haseknecht der Bank von England Pfänder verprochen habe, die eigentlich der Oberhoheit der Reparationskommission unterstünden.

## Die internationalen Staatsarbeiter gegen die Reparationen.

Kopenhagen, 24. Sept. Die aus den kommunalen und Staatsarbeiterverbänden Englands, Frankreichs, Deutschlands, Hollands, Belgiens, der Schweiz und der drei skandinavischen Länder gebildete Internationale Föderation hat am 22. und 23. September ihre jährliche Verwaltungssammlung abgehalten. Unter anderem war auch die Stellung der deutschen Arbeiterbevölkerung zu dem ungeheuren ökonomischen Druck, der seitens der alliierten Regierungen dem deutschen Volke auferlegt wird, Gegenstand einer eingehenden Erörterung innerhalb der Leitung der Verbände. Diese nahmen schließlich auf Vorschlag des Generalsekretärs des englischen Kommunalarbeiterverbandes eine Entschließung an, in welcher die Leitung der Internationalen Föderation der Arbeiter in öffentlichen Betrieben kräftig gegen die Reparationslasten protestiert, welche die alliierten Regierungen dem deutschen Volke auferlegt haben. Aus der Diskussion heraus, daß es für das deutsche Volk ganz unmöglich ist, diese Zahlungen zu leisten, wirkte die Politik der alliierten Regierungen auf die gesamte arbeitende Bevölkerung schädlich und müsse, falls sie fortgesetzt werde, auf die ganze Arbeiterkraft Europas zurückwirken. (W. T. V.)

## Landwirtschaftliche Maschinen- statt Viehlieferungen an Serbien.

Belgrad, 25. Sept. Die deutsche Regierung hatte an die Serbische Regierung eine Note gerichtet, in der auf die ersten Folgen weiterer Viehlieferungen an Serbien in Süd-Slawien für die Ernährung des deutschen Volkes verwiesen und die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung ausgedrückt wird, soviel in Verhandlungen wegen der Freigabe einer entsprechenden Menge von Maschinen vorwiegend für den Gebrauch der Landwirtschaft zu treten, die an die Stelle des restlichen Teiles der Viehlieferungen überwiegen werden soll. Da sich die Transportkosten für deutsches Vieh an hoch stellen, und der Viehbedarf im Lande ziemlich gedeckt ist, hat das Kabinett Politisch beschlossen, das Angebot der deutschen Regierung anzunehmen. (W. T. V.)

## Aus den Memoiren Kaiser Wilhelms II.

### Die Vertrauten des jungen Kaisers.

Berlin, 25. Sept. Das heute von verschiedenen Blättern veröffentlichte Buchstück der

### Memoiren Wilhelms II.

behandelt zunächst den Personenwechsel, den er bei Antritt seiner Regierung eintreten ließ. Als Ratgeber bei der Auswahl der Umgebung habe er nur einen gefragt, auf den er besonderes Vertrauen setzte, seinen früheren Vorgesetzten General v. Besen. Er rühmt den zu seinem ersten Generaladjutanten gewählten General v. Büttich und seinen ersten Chef des Militärkabinetts General v. Sahlke sowie den von ihm als Chef des Hofes gewählten Grafen August zu Saldern, dessen ungewöhnliche Begabung ihm gestattet hätte, auch den Reichskanzlerposten zu versehen. Als Chef des Militärkabinetts wurde nach Rücksprache mit dem Fürsten Bismarck v. Lucanus aus dem Kabinettsministerium gewählt, von dem er sagt, daß er sein Amt glänzend geführt habe. Mit dem

### Fürsten Bismarck

habe er aus der Zeit seines Kommandos im Auswärtigen Amt her sehr gut und vertrauensvoll gekannt. Fürst Bismarck habe auch die Sommerreise nach Peterburg als erste politische Aktion vor der Welt voranzutreiben. Dabei habe sich eine Schwierigkeit durch einen Brief der Königin Viktoria von England ergeben, die in großmütterlichem, aber zugleich autoritärem Ton von ihrem ältesten Enkel verlangt habe, daß ihr, als der Großmutter und England als dem Vaterlande der Mutter Wilhelms II., der erste Besuch gelten müsse, ehe andere Länder berücksichtigt würden. Als Wilhelm dieses Schreiben Bismarck vorlegte, habe dieser einen heftigen Ausspruch gemacht und von der Unterwerfung Englands und von dem Dreimächtenbund dort gesprochen, die aufhören müßten. Der Kaiser betonte demgegenüber die Stellung und Verpflichtung des deutschen Kaisers, der einen die vitalen Interessen Deutschlands betreffenden Befehl seines sterbenden Großvaters unbedingt auszuführen habe. Die Königin Viktoria gab schließlich ihrem Enkel recht; er müsse tun, was im Interesse seines Landes sei. Sie werde sich freuen, ihn

(später auch bei sich zu sehen. Von dem Tage an, erklärte der Kaiser, ist mein Verhältnis zu demselben von ihren eigenen Kindern gestrichelt. In diesem Buch sind die besten gewesen. Sie hat ihren Enkel nur noch wie einen Gleichgestellten behandelt. Bei den Antrittsreisen wurde Wilhelm II. von Graf Herbert Bismarck als Vertreter des Auswärtigen Amtes begleitet. Der Fürst und Graf Herbert seien der Türkei nicht hold gewesen und hätten Wilhelms II. Türkenpolitik nicht beigesteuert. Dann ergeben sich die Memoiren über die Beziehungen zu den politischen Parteien. Wilhelm II. beglückwünscht u. a. folgende Bemerkung von Bennigsen: „Wehe giltet den norddeutschen Liberalen, falls sie unter die Führung der süddeutschen Demokraten kommen sollten. Dann ist es mit dem wirklichen echten Liberalismus zu Ende. Dann kriegen wir die verkappte Demokratie von da unten. Die können wir hier nicht brauchen.“ Wilhelm II. berichtet dann, daß er

die Nationalliberalen immer als Bundesgenossen für die Konservativen bezeichnet habe. Er könne und wolle im Reich nicht ohne die Nationalliberalen, keinesfalls gegen sie existieren. Aus diesem Grunde habe er a. B. auch den Hofprediger Stöcker aus seinem Amte entlassen, weil er wieder in Süddeutschland eine demagogische Hetze gegen die dortigen Liberalen gehalten habe.

### Denkmalskündigung in Gelsenkirchen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 25. Sept. Aus Gelsenkirchen wird gemeldet, daß das Denkmal Kaiser Wilhelms I., das gleichzeitig ein Erinnerungsmal an die im Krieg von 1870/71 Gefallenen bildet, in der Nacht zum letzten Sonnabend von Freilebenden abgehängt wurde. Der Kaiserfigur in die rechte Hand abgehängt worden, das Gesicht verhältnismäßig unbeschädigt, den vier Köpfen, die die Seiten des Denkmals ausfüllen, sind die Köpfe abgehängt worden. Von den Tälern hat man bisher noch keine Spur.

**Dollar (Amtlich): 1407**  
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 1410

## Die „Neutralisierung“ des Rheinlands.

Frankreich ist das Vaterland Talleyrands, des großen Diplomaten und Staatsmannes, der berühmt und auch berüchtigt geworden ist durch seinen Ausspruch, die Sprache diene dem Diplomaten nur dazu, um seine wahren Gedanken zu verbergen. Die Talleyrandische Weisheit hat bei unseren westlichen Nachbarn allgemein Schule gemacht und steht heute unter dem System Poincaré mehr als je im Vordergrund. Zwei Begriffe sind es besonders, mit denen die gegenwärtige Pariser Staatskunst mit Vorliebe operiert: die Neutralität und die Volksabstimmung. Wenn die Franzosen mit ihrer unerfülllichen Forderung sich etwas aneignen wollen, worauf sie kein Recht haben, dann sagen sie, das Gebiet solle „neutralisiert“ werden, und wenn sie einem Gewaltakte den Schein der Geschmählichkeit verleihen wollen, leiten sie eine sogenannte Volksabstimmung in die Wege, die aber nur unter der Voraussetzung Gnade vor ihren Augen findet, daß das Ergebnis den französischen Wünschen entspricht. Diese Technik der Pariser Politik muß man im Auge behalten, wenn neuerdings wieder die Agitation zur „Neutralisierung“ des Rheinlandes und zur Herbeiführung einer Volksabstimmung darüber bedrohliche Formen annimmt. Es ist noch gar nicht lange her, seit die deutsche öffentliche Meinung bereits einmal durch derartige Verträge schwer beunruhigt wurde. Der Abgeordnete Dr. Sirefmann hatte damals die Sache in Gestalt einer Interpellation vor den Reichstag gebracht und war von der Regierung in dem Sinne beschieden worden, daß sie sich allen Plänen zur Lösung des Rheinlandes von Preußen und vom Reich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln widersetzen würde. Inzwischen war es von solchen Ansprüchen keine Rede mehr, aber nur in der Öffentlichkeit. Darüber, daß Poincaré unentwegt und unerbittlich sein Ziel im Rheinland weiterverfolgen würde, konnte kein deutscher Politiker im Zweifel sein, der die starre Konsequenz dieses Charakters richtig zu würdigen versteht und die Kontinuität, den ununterbrochenen Zusammenhang der französischen Rheinpolitik seit Ludwig XIV. begreift. Ludwig XIV., Napoleon I., Napoleon III. und Poincaré: sie sind als Verkörperer der französischen Eroberungspolitik am Rhein alle aus demselben Holze geschnitten, und ihr Ziel ist das gleiche, die feste Umklammerung Deutschlands im Westen und Osten, so daß es sich nicht mehr zu rühren und der Begründung der französischen Vormacht auf dem europäischen Kontinent kein Hindernis mehr in den Weg zu stellen vermag.

Bei der Beratung des Verfallener Vertrages lehrten die französischen Vertreter auch offen diese Seite ihrer Politik heraus und setzten alle Hebel in Bewegung, um die Angliederung des ganzen linken Rheinufers zu erlangen. Es war nur dem entschiedenen Widerspruch des um seinen eigenen kontinentalen Einfluß besorgten Englands zu verdanken, daß diese maßlose französische Forderung unerfüllt blieb. Der Abber, den man auf englischer Seite auswarf, um Frankreich zur Nachgiebigkeit in der Rheinfrage zu bewegen, war die Zusage eines französisch-englisch-amerikanischen Garantievertrages, der Frankreich Sicherheit gegen einen deutschen Angriff gewähren sollte. Aus diesem Garantievertrag ist nun aber bekanntermaßen nichts geworden. In Washington hat man den Beitritt mit der bezweifelnden Begründung verweigert, daß Frankreich einmal einen Napoleon I. gehabt habe und daß es ein zweites Mal einen solchen haben könne; dann aber würde Deutschland des Schutzes gegen Frankreich bedürfen und nicht umgekehrt. Und in England schwand die Neigung, den Franzosen Bürgschaften politischer und militärischer Art gegenüber Deutschland zu gewähren, auschends dahin, je schärfer der Lauf der Ereignisse den kontinentalen Gegensatz zwischen den britischen und den französischen Interessen herausmeißelte. So stand denn Frankreich schließlich allein da, und nun nahm es die niemals preisgegebenen Pläne zur Angliederung des Rheinlandes mit erneuter Kraft wieder auf.

Der Verfallener Vertrag bestimmt für die Besetzung im Westen nur eine im äußersten Falle auf 15 Jahre bemessene Frist, während die erste und die zweite Zone schon nach fünf und zehn Jahren geräumt werden müssen. Diese zeitliche Begrenzung verurteilt Poincaré und seiner imperialistischen Befolgenschaft schlaflose Nächte, und sie sehen mit Unbehagen, wie der Weiser auf dem Zifferblatt der Weltenuhr von Stunde zu Stunde forttrübt, dem Termin entgegen, an dem die Räumungsfrage akut wird. Um diesen Augenblick willkürlich hinauszuschieben zu können, waren die offiziellen Juristen Poincarés auf das Gebot ihres Herrn und Meisters in London und Rom mit der Idee haushieren, daß die Fristen des Vertrages überhaupt noch nicht zu laufen begonnen hätten, sondern daß die Laufzeit erst dann anfangen, wenn es nach der übereinstimmenden Ansicht der Alliierten feststehe, daß Deutschland den ersten Schritt habe, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Der Trick war aber gar zu durchsichtig, als daß er bei den anderen Alliierten hätte Bestand finden können. Poincaré fiel mit dieser fadensteinhigen Hypothese glatt unter den Tisch, und so bleibt es bei der Selbstverständlichkeit, daß die Räumungsfrist mit dem Tage der Unterzeichnung des Verfallener Vertrages, dem 28. Juni 1919, zu laufen begonnen haben. Um so mehr ist Poincarés nun darauf bedacht, im